Deutscher Reichstag

99. Sitzung. Donnerstag, 18. November.

Die Interpellation der Sozialdemokraten betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues soll, wie die Reichsregierung durch den Reichswirtschaftsminister Dr. **Scholz** erklären läßt, sofort beantwortet werden. Präsident Löbe wird die Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.

Die Interpellation **Stresemann** (Deutsche Volksp.) betr. die gegenwärtige Wirtschaftskrisis wird nach einer Erklärung des Reichswirtschaftsministers Dr. **Scholz** innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Es folgt die Besprechung der Interpellation der Deutschnationalen betr. Kartoffellieferungsverträge. Die Interpellation war am 6. November begründet und beantwortet worden.

Abg. Feldmann (Soz.): Von einer Hetze gegen die Landwirte kann keine Rede sein, da weite Kreise der Bevölkerung tatsächlich unter dem Kartoffelmangel außerordentlich Not leiden und die Landwirte speziell die industrielle Bevölkerung nicht genügend mit Kartoffeln versorgt haben. Wäre es nicht besser, daß für Kartoffeln und Fleisch die Zwangswirtschaft wieder eingeführt würde? Vielfach werden die Kartoffeln weit über den Höchstpreis bezahlt. Viele Kartoffeln sind auch in das besetzte Gebiet gegangen und von da nach Frankreich. Es gibt eben in Deutschland Leute, denen es nichts ausmacht, allerlei Waren ins Ausland zu verschieben. Zur Spiritusverarbeitung und zur Schweinefütterung sind die Kartoffeln verschwendet worden. Wir fordern die Festsetzung der Kartoffelpreise, eine gerechte Verteilung, Eisenbahnnottarife für Kartoffeln und Maßnahmen gegen die Preistreiberei. Wir verlangen insbesondere, daß die Industriegebiete, die während des Krieges am meisten haben hungern müssen, besser versorgt werden. Durch die Unterernährung sind Tausende unserer Kinder erkrankt und rachitisch geworden, aber jetzt, wo man der Not ein Ende bereiten sollte, verteuern der Ernährung nur neue Schwierigkeiten gemacht. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Dietrich** (Deutsche Volksp.): Gewiß haben einzelne Personen bei der Kartoffellieferung ihre Schuldigkeit nicht getan, aber dafür kann man nicht die ganze Landwirtschaft verantwortlich machen. Durch Einwirkung landwirtschaftlicher Organisationen ist sogar eine Preissenkung erfolgt, und wenn diese Wirkung in großen Städten und in Industriegebieten noch nicht zur Geltung gekommen ist, so ist das sehr bedauerlich, aber keine Schuld der landwirtschaftlichen Organisationen. Durch das unverantwortliche Eingreifen mancher Stellen ist großer Wirrwarr eingetreten, und das Schlimmste ist, daß einzelne Länder sich zu Sondermaßnahmen haben bestimmen lassen, wie z. B. zu Ausfuhrverboten. Für dieses Durcheinander darf man aber nicht die Landwirtschaft verantwortlich machen. Man wirft den Landwirten vor, sie hätten kein Empfinden für die Not der Städte. Das weise ich ganz besonders zurück; wir haben dieses Empfinden, wir erwarten aber, daß endlich auch das Empfinden gegenüber der Landwirtschaft einzige tritt. Man tut so, als ob die Landwirtschaft allein am Schieber- und Wucherunwesen schuld sei. Die Sozialdemokraten haben die Landwirtschaft beschimpft und geschändet. Das läßt sich der deutsche Bauer nicht gefallen. Er ist in der Arbeit groß geworden, er erkennt die Not der Allgemeinheit an, er tut seine Schuldigkeit und wird sie weiter tun, aber er erwartet, daß endlich auch der andern Seite die Erkenntnis dämmert. (Beifall rechts.)

Abg. **Wum** (Zentr.): Man kann wohl behaupten, daß Deutschland in der Lage ist, seinen Kartoffelbedarf zu decken. Gegenüber dem Vorjahre haben wir diesmal mit einer Vergrößerung der Anbaufläche um 25 Proz. zu rechnen. Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln würde auf die Dauer eine Anarchie auf dem Kartoffelmarkt herbeiführen. Ein einheitlicher Kartoffelpreis für ganz Deutschland läßt sich nicht festsetzen. (Sehr richtig!) Dazu sind die Bodenverhältnisse und die Arbeitsbedingungen zu verschiedenartig. Auch den Wucherpreis wird man immer nur gebietsweise bestimmen können. Der Egoismus und Mammonismus, den wir in jeder Form verurteilen, ist leider auch in manche Kreise der Landwirtschaft eingedrungen. Eine durchgreifende Besserung ist nur zu erzielen, wenn die Aktion der Kartoffelverbilligung planmäßig organisiert wird. Wir verlangen Bereitstellung von Transportmitteln für die Kartoffelversorgung in größerem Umfange als bisher, und wir verlangen die vorzugsweise Belieferung der notleidenden Orte mit schwer arbeitender Industriebevölkerung. Eine strengere Kontrolle der Brennereien ist ferner notwendig. Wir verlangen weiter die größere Einfuhr von Futtermitteln, damit die Kartoffeln nicht für solche Zwecke verwandt werden. Vor allem aber brauchen wir die ausreichende Lieferung von brauchbarem Saatgut. Der Verkehrsminister sollte vorübergehend Staffeltarife einführen, um die riesigen Frachten für den Kartoffeltransport vom Osten nach dem Westen zu verbilligen. Schließlich ist eine Verbilligung der Düngemittel notwendig. Der Politik des Reichsernährungsministers stimmen wir durchaus zu. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Herz** (Unabh. Soz. r.): Seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft wird eine ganz einseitige Politik zugunsten der Produzenten getrieben, die eine Verschärfung der Not der Verbrauchermassen zur Folge hat. Die Wucherpreise werden dem Handel zugeschoben, aber in der freien Wirtschaft ist jeder Handel ein wilder Handel, der nicht auf die Interessen der Verbraucher Rücksicht nimmt. Mit den Erzeugungskosten sind die jetzigen Kartoffelpreise nicht in Einklang zu bringen; hat doch Herr v. Schorlemer-Lieser gesagt, daß die Produktionskosten durch einen Preis von 20 bis 25 Mark gedeckt wären. (Hört, hört! links.) Die Lieferungsverträge sehen aber einen Preis von 30 M. vor. Im Volkswirtschaftsausschuß ist der Beschluß gefaßt, den Preis im freien Handel von 30 auf 25 M. herabzusetzen, aber das Ernährungsministerium kümmert sich darum nicht. Daß die Landwirte den Wucher bekämpfen wollen, dafür fehlt uns der Glaube. In ganz Deutschland wird mit den Nahrungsmitteln zurückgehalten; so ist in diesem Jahre sehr viel weniger Brotgetreide abgeliefert worden als im vorigen. Die Landwirtschaft will eben auch den letzten Rest der Zwangswirtschaft zerschlagen. Das Vertrauen der städtischen Verbraucher ist schmählich enttäuscht worden. Die Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft war eine teurere und schlechtere Versorgung. Wir stehen den Erklärungen der Regierung mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüber, und die städtischen Verbraucher täuschen sich, wenn sie glauben, daß wir ein Ministerium für Ernährung haben. Es ist ein Ministerium für die Landwirtschaft, aber gegen die Ernährung. (Beifall bei den Unabh. Soz. r.)

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.): Der Kartoffelbau Deutschlands ist so heruntergekommen, weil die Zwangswirtschaft bestand. Wir im Süden konnten uns unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft nicht einmal das beste Saatgut aus Norddeutschland heranschaffen. Wir haben hier Vorwürfe gehört von den Landwirten an die Städter und umgekehrt. Beide sollten sich aber an die Brust schlagen und sagen: Wir sind alle zusammen daran schuld. Tatsächlich ist die Kartoffel dasjenige deutsche Produkt, das auf deutschem Boden in genügender Menge gebaut werden kann, wenn die Produktion in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Die Kartoffelzwangswirtschaft wird nicht wiederkommen. Statt der Zwangswirtschaft sollte der Staat lieber jeden Pfennig zur Hebung der Produktion verwenden. Den Vorwurf der Verschiebung von Kartoffeln muß ich von unsern Bauern zurückweisen. Es gibt gute Bauern und schlechte Bauern, es gibt gute Arbeiter und schlechte Arbeiter. Man sollte solche moralische Vorwürfe unterlassen. Die Hauptsache ist, für das nächste Jahr die Produktion so zu heben, daß sie für die Bevölkerung ausreicht. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. **Thomas** (Unabh. Soz.): Die Hebung der Produktion durch die freie Wirtschaft ist ein Unding. Wir haben Kartoffeln genug im Lande, wir haben früher sogar viel Kartoffeln ausgeführt. Einige Landwirte haben eine ruchlose Sprache geführt: „Wir liefern nicht ab, wenn nicht die und die Preise für Brotgetreide bezahlt werden.“ Das ist keine Sprache, die den Arbeiter beruhigen konnte. Kommt es dann zur Explosion, so beschwert sich der Landwirt über Terror. Der Mangel an Saatkartoffeln ist von den Landwirten selbst verschuldet. Sie haben unter der Zwangswirtschaft alles „Saatkartoffeln“ genannt, um höhere Preise zu bekommen. Nun sind auch die wirklichen Saatkartoffeln verkauft worden. Der Mammonismus hat seinen Sitz auf der Rechten dieses Hauses.

Abg. **Schiele** (Deutschnat.): Die Zwangswirtschaft ist glatt zusammengebrochen und kann nicht wieder aufgerichtet werden. Ein Anreiz zur Produktionssteigerung ist überall notwendig, das zeigt sich ja auch bei der Arbeiterschaft. Durch die freie Wirtschaft werden jetzt 9 Millionen Tonnen Kartoffeln mehr produziert als früher, das entspricht dem Ernährungswert von 2 Millionen Tonnen Getreide. Wir haben jetzt schon bis zum 1. November 60 Millionen Tonnen Kartoffeln dem Konsum zuführen können und werden im ganzen 100 Millionen statt 42 Millionen im Vorjahre erzeugen. (Hört, hört! rechts.) Durch die Mehrerzeugung ersparen wir an Nahrungsmittelausfuhr aus dem Auslande viele Milliarden, die Erhöhung des Inderpreises erspart uns tatsächlich 10 bis 16 Milliarden Mark. (Hört, hört! rechts.) Die Regierung hätte über diese Dinge schon längst die Bevölkerung aufklären sollen. (Beifall rechts.)

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. **Hermes**: Es erscheint mir naiv, im Volk die Vorstellung zu erwecken, als ob man mit Gewalt die großen Wirtschaftsprobleme meistern könnte und es nur an dem guten Willen der Regierung läge, wenn es nicht geschieht. Wir können doch nicht ewig in einer Zwangswirtschaft leben. Die größten Uebergangsschwierigkeiten haben wir vorausgesehen, aber Ihr (nach links) Material ist doch noch zu dürftig, um ein endgültiges Urteil auszusprechen. Not tut die Beschränkung der Exekutivgewalt, und das ist ein Grundsatz im Reichsernährungsministerium. Vor allem müssen wir die Produktion steigern. Vom 1. September bis 15. November haben wir 60 Millionen Zentner befördert gegenüber 40 Millionen im Vorjahre. (Hört, hört!) Es ist also nicht richtig, daß es in diesem Jahre an einem organisierten Versand fehle. Die Behauptung, daß viele Kartoffeln unzulässigerweise zu Brennereizwecken Verwendung finden, hat nur sehr dürftige Anhaltspunkte ergeben. Ein verschärftes Wuchergesetz wird dem Hause alsbald zugehen. Die Notwendigkeit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird von allen Seiten anerkannt. Ich kann aber dem Vorschlag des preußischen Landwirtschaftsministeriums nicht zustimmen, große öffentliche Mittel zur Verbilligung der Düngemittel für die Landwirtschaft auszugeben. Das würde man nicht mit Unrecht als eine Liebesgabe für die Agrarier bezeichnen, und man würde selbstverständlich dafür auch als Gegenleistung die Lieferung landwirtschaftlicher Produkte zu billigen Preisen verlangen. Nun machen aber die Düngemittel nur 14 Proz. der landwirtschaftlichen Produktionskosten aus, und es ist deshalb unmöglich, aus einer Verbilligung der Düngemittel das Recht zur Verbilligung der Preise herzuleiten. Wir müssen den andern Weg gehen, daß wir mit allen Mitteln unsre einheimische Stickstoffproduktion steigern, eine Kleinigkeit für den Export bereitstellen und mit den Exportüberschüssen die Preise für den einheimischen Bedarf senken.

Damit schließt die Besprechung. Schluß nach ½8 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Interpellationen wegen des Elektrizitätsstreiks und wegen der Kapitalverschiebungen nach dem Auslande; Antrag auf Fortbestand der Portogebühren für Zeitungen; Gesetz über den Staatsgerichtshof.

Die Verhandlungen im Hauptausschuß

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet in seiner Donnerstagsitzung den außerordentlichen Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums zu Ende. Der Referent Dr. **Nießer** (Deutsche Volksp.) rügte die hohe Zahl der im Reichskommissariat für Ein- und Ausfuhrbewilligung angestellten Beamten, die 600 überstelge. Es wäre zu erwägen, ob nicht eine Untersuchungskommission prüfen solle, ob diese Zahl wirklich notwendig sei.

Dr. **Herz** (U. S. P.) möchte nicht nur die hohe Zahl der Beamten in dem betreffenden Reichskommissariat bemängeln, sondern auch deren eigenartige Auswahl, die offensichtlich den Adel oder frühere Offiziere bevorzugt habe.

Keinath (Dem.) wandte sich gegen die erneut auftretende Erscheinung, daß Lieferungsverträge nach dem Ausland wegen der Valutaverschlechterung gebrochen werden. Die amtliche Ausfuhrkontrolle dürfe keinesfalls dieses Vorgehen unterstützen. Die hohen deutschen Paßgebühren seien ein Hindernis für den Außenhandel und rufen Repressalien des Auslandes hervor.

Dr. **Hugo** (Deutsche Volksp.) weist darauf hin, daß die Außenhandelskontrolle die Frage des Wiederaufbaues der Außenhandelswirtschaft verhöre. Der Apparat der Außenhandelskontrolle wirke hemmend und lähmend auf die Durchführung der Geschäfte. Der Etat weise 7 Millionen Mark Löhne und Gehälter auf. Dazu kämen die ungeheuren Summen für die Unterhaltung der Außenhandelsstelle sowie für die Hunderte von Preisprüfungsstellen.

Dauch (Deutsche Volksp.) ist der Meinung, daß das komplizierte Verfahren der Außenhandelskontrolle dazu führe, daß das Ausland nicht mehr glaube, mit Deutschland arbeiten zu können. Es müsse unter allen Umständen eine durchgehende Vereinfachung eintreten, denn die unproduktive Arbeit, die von dem Außenhandel heute zufolge der gesetzlichen Bestimmungen geleistet werden müsse, mache uns im Auslande absolut konkurrenzunfähig.

Minister Dr. **Scholz** erwidert, daß die Mängel im Apparat der Ein- und Ausfuhrbewilligungen nicht zu bestreiten seien, sie hingen jedoch mit der sehr schwierigen Regelung dieser Organisation zusammen. Eine Vereinfachung der Preisprüfung werde angestrebt. Die Vereinfachung des Paßwesens sei vom Völkerbund angeregt worden. Eine internationale Regelung sei zu begrüßen.

Dr. **Fleischer** (Zentr.) begrüßt die Erklärungen des Ministers, hält aber die gegenwärtige Handhabung der Ausfuhrkontrolle für eine schwere Gefahr für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Heute hänge die Bewilligung der Ein- und Ausfuhr im wesentlichen von der Entscheidung privater Wirtschaftsverbände ab.

Hoch (Soz.) fragt an, ob es tatsächlich Bestimmungen gäbe, wonach die Bewilligung der Ein- und Ausfuhr von der Zugehörigkeit zu einem wirtschaftlichen Verbande abhängig gemacht werde, und falls eine solche Bestimmung bestehe, welches der Grund hierfür sei.

Dr. **Herz** (Unabh. Soz.) tadelt die Erteilung der Einfuhrkonzession für Zeitungspapier an den Hartmann-Konzern, der die inländische Papierproduktion gefährde. Die Gewinne aus den Auslandsverkäufen kämen nicht dem Reiche zugute, da sie zufolge der getroffenen Vereinbarungen nicht genügend kontrollierbar seien.

Im Anschluß hieran beantragen Dr. **Herz** und **Simon** (Unabh. Soz.), daß die Verträge des Reiches mit dem Hartmann-Konzern veröffentlicht werden sollen.

Stubmann (Dem.) führt Fälle an, in denen die Ausfuhrbewilligungen durch Bestechung erworben wurden, und hält ein schonungsloses Eingreifen des Reichswirtschaftsministers gegen solche Mißstände für unerläßlich.

Minister Dr. **Scholz** erklärt noch, daß unter den 600 Angestellten der Zentrale sich im ganzen 15 Adelige befinden. Hinsichtlich des Hartwarekonzerns stellt der Minister fest, daß man bestrebt gewesen sei, den Monopolcharakter durchaus zu vermeiden. Die Preisprüfung werde unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern geregelt. Der von Hartmann geforderte Gewinnanteil sei weit geringer als die Forderungen andrer Firmen. Auch die Senkung der Papierpreise im Inlande sei durch die Vereinbarung zu erwarten.

Hierauf werden der Antrag Dr. **Nießer** (Deutsche Volksp.) über Aufnahme der Verwaltungsabteilung des Reichskommissariats für Ein- und Ausfuhr in den Ergänzungsetat sowie die Forderung Dr. Nießers nach starker Verminderung des Personals dieses Kommissariats vom Hauptausschuß angenommen. Auch ein Antrag Dr. **Pachnicke** (Dem.) und Genossen, bei den neuerlichen Verhandlungen über ein Kohlenabkommen mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß den dringenden Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft, namentlich durch eine andre Regelung der Sortenfrage, entsprochen, Deutschland die notwendige Menge hochwertiger Kohle belassen und die steigende Förderung der nordfranzösischen Gruben voll berücksichtigt werde, wird vom Hauptausschuß angenommen.

Vom Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wird nunmehr der gesamte Etat bewilligt mit Ausnahme einer Position von 90 Millionen Mark über Papierholzverbilligung an die Presse, die Freitag beraten werden soll.

Verschärfung der Bestrafung des Schleichhandels

Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Ministers **Heinze** eine öffentliche Sitzung ab, in der ein Gesetzentwurf über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände angenommen wurde. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß bei Schleichhandel, vorsätzlicher Preistreiberei und bei der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und auf Geldstrafe von mindestens 20 000 M. erkannt werden kann. Nach dem Entwurf sind als besonders schwere Fälle anzusehen, wenn der Täter aus Gewinnsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt; wenn er durch Preistreiberei aus Gewinnsucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet; wenn er es unternimmt, Vieh, Lebensmittel oder Futter- und Düngemittel ins Ausland zu verschieben; es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt; wenn der Täter gang oder überwiegend von Schleichhandelsgeschäften oder verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt. Neben den Zuchthausstrafen treten die üblichen Nebenstrafen ein, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Polizeiaufsicht usw. Die Verurteilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzugeben.

Der Gesetzentwurf ist offenbar noch dem bayrischen Vorbild entworfen (über das wir bereits in unsrer zweiten Mittwochsausgabe in dem Aufsatz „Einheitlichkeit in der Wucherbekämpfung“ von dem früheren bayrischen Justizminister Dr. Ernst Müller-Meiningen ausführlich berichteten).

*

Die Autonomiefrage für Oberschlesien

zz. **Berlin**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Die vom Reichsrat angenommene Autonomievorlage für Oberschlesien geht bereits in den ersten Tagen der nächsten Woche in den Reichstag und wird auf der Tagesordnung einer der ersten Sitzungen stehen. Die Deutschnationalen beabsichtigen, die Verweisung der Gesetzesvorlage an einen Ausschuß zu beantragen.

Aus meinen unveröffentlichten Erinnerungen

Von **Laura Rappoldi-Kahrer**, Professorin der Musik

Zur Stilkunde

Bach ist eine Literatur für sich und auch ein Studium für sich. Bei ihm sind vor allem keine zu schnellen Triller (sogenannte „Fledermaustriller“, wie Bülow sie nannte) am Platze, dagegen sind die einfachen Pralltriller nur vor der Note, und zwar äußerst virtuos und präzis auszuführen.

Kann man diese Verzierungen nicht virtuos, gleichviel ob links oder rechts, in den Mittelstimmen oder mit der äußerst legato gespielten, vielstimmigen Umrahmung ausführen, so spiele man die Fugen und Präludien zunächst ganz ohne Ornamentik, da der Originalbegriff durch dieselbe keinerlei Veränderung verträgt.

Die eigentlichen Noten dürfen durch die Verzierungen keineswegs entstellt werden oder an Zeitmaß einbüßen.

Auch ist das viele „Staccato“ bei den „Neuausgaben“ möglichst zu vermeiden. Bach selbst soll ja das wohltemperierte Klavier meist auf der Orgel vorgetragen haben, da ihm die damaligen Instrumente zu dürftig erschienen. Nach Beethoven spielte Bach streng legato, so berichtet sein Schüler Carl Czerny.

Hummel, ein Schüler Mozarts, ließ beim Vortrag Bachscher Werke, nach Hensel[*]) Ausspruch, gleichfalls das „gebundene Spiel“ vorwalten.

Das Tempo ist also mehr langsam und breit zu nehmen, ganz orgelartig, mit großem Ton, zuweilen durch Crescendos monumental aufbauend, jedoch nicht durch so äußere Mittel wie Pitenutos und dergleichen. Ist eine Phrase zu Ende, so biege man mit dem Handgelenk etwas vor, ohne jedoch den Ton loszulassen. Dies geschieht bald links, bald rechts, damit die Phrasen nicht zerreißen und die wundersame Architektonik Bachs keinerlei Schaden erleidet.

*

Scarlatti dagegen ist wie eine Federzeichnung zu gestalten und mit äußerst runder Fingerhaltung „quasi staccato“ — beinahe auf der Nagelspitze zu studieren. Man kann diese Kompositionen auch, wenn die Finger bereits daran gewöhnt sind, auf den Fingerknöcheln üben, das ergibt eine ganz gleichmäßige Tongebung. Jedes Instrument klingt mit dieser Tongebung, welche nur durch die äußerst runde Fingerhaltung erzielt wird, wie ein Spinett; der Effekt ist einfach verblüffend.

Scarlatti soll man auch als Vorstudie zu Mozart wählen. Dieser erfordert überdies noch alle Grazien, aber solche, die eine Seele haben. Die äußerste Vollendung, Klarheit, Anmut und Ausgeglichenheit ist da selbstverständlich.

*

Das feinste Stilgefühl, die höchste Vollendung in der Ornamentik, die delikatesten Tonschattierungen sind bei der Ausführung Mozartscher Werke Hauptbedingung. Jedwede Sentimentalität ist, besonders bei den Adagios, auszuschalten. Tempoveränderungen, Pedalisierungen ganz ausgeschlossen.

*

Bei **Beethoven** sind zunächst die Pausen sehr zu berücksichtigen, die langen Noten und vor allem die Fermaten haben hier großen Wert. Rhythmische Schärfe in der Phrasierung, Gleichmäßigkeit in der Tongebung sowie ebenmäßige Gestaltung der diversen Haupt- und Nebenthemen sind hier Kardinalpunkte.

Die Crescendos haben bei diesem gewaltigen Tonmeister oft keinen Kulminationspunkt, sie brechen häufig inmitten der Phrase ab, wo dann plötzlich ein unerwartetes „Piano“ einzuleben hat. Alle Sforzatos und Akzente der alten und ältesten Ausgaben sind genau nach Vorschrift zu beachten, da sie meist vom Komponisten selbst herrühren und er besonderen Wert darauf legte.

Die Tempi sind im allgemeinen nicht zu schnell zu nehmen, nur ungefähr so, daß z. B. das zweite Thema einer Sonate oder Sinfonie nicht langsamer erscheint als das erste, und bei der Wiederholung kein Accelerando oder Vorwärtsdrängen nötig ist. Man soll eben mit dem Tempo nie retrogradieren, weder noch der schnellen noch noch der langsamen Richtung. So verlangen es die Klassiker.

Bei Beethoven, namentlich in den Scherzos, ist es angebracht, möglichst den Humor herauszuholen, der da zwischen den Linien aufgespeichert ist.

*

Schubert dagegen verlangt in gewisser Beziehung dasselbe, was den scharfen Rhythmus anbelangt, jedoch er verlangt auch eine österreichische Wiedergabe bzw. Auffassung. Also im Rhythmus genau so scharf wie bei Beethoven, aber mit Empfindung und Gemüt gepaart.

Kunweilen eine ausgelassene Freude und Lustigkeit wie sie dem Oesterreicher (speziell dem Wiener!) angeboren ist. Das Glas muß zuweilen überschäumen! Die Freude ist bei Schubert oft übergroß und endet daher meist mit Tränen. Man kann also bei diesen Werken buchstäblich Freudentränen weinen. Ein Oesterreicher wird das, was ich soeben gesagt, verstehen. SeineLändler — und wo findet man sie nicht in seinen KlavierSonaten, Sinfonien, Streichquartetten — müssen alle „hemdärmlich gestanzt werden“, wie Ambros irgendwo richtig und trefflich sagt.

*

Schumann, der größte Romantiker des Klaviers, kann wieder nicht phantastisch genug angefaßt werden. Die Gestalten sind bei ihm entweder riesengroß oder zwerghaft klein — das Normale ist gänzlich ausgeschaltet. Aus einer erhitzten Phantasie geboren, springt es bei ihm zuweilen von der größten Erhabenheit und Schönheit, Poesie und Leidenschaft in einen wahren Abgrund von Schrecknissen!

Das Traumhafte und Ungreifbare herrscht meist vor, doch sprungbakt zerschellt das Ueberirdische, Schleierhafte oft in Sekundenfrist, und so muß er auch gespielt werden!

E. T. A. Hoffmann, Jean Paul und **Höllen-Breughel** sind mit **Schumann** wesensverwandt.

Es ist bei diesem Komponisten auch der ganze Klavierssatz anstatt auf den Kopf gestellt, man könnte fast sagen: Er schrieb gegen das Klavier!

Das gleiche ist ja auch in gewisser Beziehung bei Brahms*) der Fall.

Und die Behauptung Henselts, Schumann müsse erst umgeschrieben werden, hat in gewissem Sinne ihre Berechtigung.

Die eigentliche Technik leidet durch diese Art Kompositionen und rate ich denjenigen, die technisch und rhythmisch noch nicht fertig sind, möglichst wenig davon zu spielen.

Man muß Technik haben, um Schumann gut zu spielen, aber man bekommt sie nicht durch ihn, eher umgekehrt. —

Bach, Scarlatti, Schubert, Weber, Mendelssohn, Hummel sind dagegen wahre Klavierkomponisten!

*

Auch **Chopin** gehört zu den allergrößten und glänzendsten Vertretern des Klaviers! Er verlangt die feinsten Linien, die größte Bravour und schärfste Rhythmik, außerdem noch den polnischen Akzent! Man kommt ihm nicht bei mit allerhand Nitenutos, Rubatos und dergleichen. Er selbst hatte ja bekanntlich immer seinen Metronom auf dem Piano, so behauptet Wilhelm v. Lenz, sein Schüler.

Die schwersten Noten ohne Wert — das betrifft hauptsächlich seine raschen Passagen, die er durch „kleine [illegible] zu bezeichnen liebte — schließen sich so fest an die folgenden langen (Melodie-Noten!), daß sie mit denselben fast wie verwachsen erscheinen —, sie laufen förmlich blitzartig auf die langen Noten los — der kleinste Riß zerstört dabei oft die ganze Wirkung resp. den Sinn der Phrase! Diese überaus zarte und wundersame Ornamentik verlangt überdies eine angeborene Beweglichkeit der Finger sowohl wie des Handgelenkes.

Kein andrer Komponist vor ihm hat etwas Aehnliches aufzuweisen, obwohl J. N. Hummel in der Schreibweise seiner beiden Klavierkonzerte in A und H als direkter Vorläufer Chopins zu gelten hat. Er vermittelte somit quasi als Klavierkomponist den Uebergang von Mozart zu Chopin.

Sulphenartig muß die Hand über die Tastatur gleiten und im leisesten Pianissimo die rapidesten Läufer, Sprünge, Doppelgriffe und Trillerketten ausführen können, die alle in rhythmischer Schärfe unverrückbar feststehen sollen.

Bei Chopin gilt der Satz: „Ohne Rhythmik keine Technik“ mehr als bei allen andern Komponisten.

*

Er stellt somit die allergrößten und höchsten Anforderungen in bezug auf Technik, Bravour, Grazie, Anmut, Leidenschaft usw. an den Klavierspieler. Und mit diesem Rüstzeug versehen, kann man daher getrost an Franz Liszt und dessen Werke herantreten. —

Dämonisch, phantastisch, heroisch, geisterhaft und zugleich national ist die Spielweise seiner Werke.

Alles, was die andern verlangen, muß man beim Vortrag Lisztscher Kompositionen haben und dann noch alle Eigenschaften dazu, die kein andrer je verlangt und aufzuweisen hatte.

Wer Franz Liszt noch Anfang der siebziger Jahre gehört, wird mir beipflichten, wird mich verstehen.

In Sekundenfrist wechselte der Klang in seinem Spiel und damit die Fingerhaltung total, in Sekundenfrist der Ausdruck und die Empfindung.

„Er baut Paläste und wirft Sterne auf das Firmament, unter seinen Händen stürzen Wasserfälle und fließen Quellen, unter seinen Fingerspitzen funkeln Diamanten und glühen Irrlichter — mit goldenen Ketten und unsichtbaren Fäden umstrickt er seine Zuhörer, wie ein wahrhafter Zauberer!“

Lisats Vortrag war daher wie eine Offenbarung und glich jedesmal einer Improvisation, so oft man ihn auch hörte, blieb die Nachwirkung die gleiche, der Eindruck derselbe. Er instrumentierte auf dem Klavier und hatte alle Instrumente in seinen Fingern. Heute spielt man eben nur die Technik allein, die sich in seinen Werken allerdings mit unerhörter Bravour in den Vordergrund drängt. Deshalb wirken diese Kompositionen auch nicht so gewaltig, wie es bei seinem Vortrag der Fall war.

Der Geist allein ist es, der sich auch in den unscheinbarsten Arabesken oft verborgen hält, und durch eine äußerst scharf zugespitzte Rhythmik zuweilen dämonische Leidenschaften entfesselt.

Mit einem Wort: Lisat kann nur mit Lisat verglichen werden. Wirkliche Lisatspieler gibt es daher kaum. Wer die Technik dazu hat, dem fehlt der Geist, und wer den Geist besitzt, dem fehlt die Technik.

Die Technik ist und war bei Lisat eben nur Mittel zum Zweck.

*) Henselt war der beste Schüler Hummels, Herd. Hiller der zweitbeste.

*) Clara Schumann, die mit Brahms innig befreundet war, spielte bekanntlich deshalb keine Note von Brahms.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201120/2